

Köln, 3. Mai 2018

PRESSEMITTEILUNG

Landesregierung muss Abbau von Studienplätzen stoppen!

**Dr. Hans-Albert Gehe: Sechs Unikliniken in NRW bauen zum
Wintersemester Studienplätze für Humanmedizin ab**

Köln. Es ist erfreulich, dass die nordrhein-westfälische Landesregierung in die Schaffung neuer Medizinstudienplätze investiert. „Bis erste Absolventen der geplanten Medizinischen Fakultät in Bielefeld in den Krankenhäusern als Ärztin oder Arzt arbeiten, werden aber noch viele Jahre vergehen. Umso unverständlicher ist es, dass zum nächsten Wintersemester an sechs Universitäten in NRW vorhandene Studienplätze für Humanmedizin abgebaut werden, da die Finanzierung der dort seit 2011 zusätzlich geschaffenen Studienplätze ausläuft“, kritisiert Dr. med. Hans-Albert Gehe, erster Vorsitzender des Marburger Bundes NRW/RLP. „Die sinnvolle Initiative der Landesregierung wird wirkungslos verpuffen!“

„Es ist angesichts des massiven Ärztemangels schlichtweg grotesk, denn wir brauchen dringend mehr Studienplätze, nicht weniger. Als Marburger Bund fordern wir den Erhalt der Studienplätze“, betont Dr. Hans-Albert Gehe. „Politiker aller Parteien, unsere Patienten und wir Ärzte wissen es längst: seit Jahren haben wir einen Ärztemangel, der sich weiter verschärfen wird. Eine Kürzung vorhandener Studienplatz-Kapazitäten ist völlig inakzeptabel und muss verhindert werden.“

Fakt ist: „Wer die medizinische Versorgung unserer Bevölkerung auf Dauer aufrechterhalten will, muss den aktuell drohenden Verlust medizinischer Studienplätze in NRW abwenden und die notwendigen zusätzlichen Studienplätze neu schaffen. Die Landesregierung von NRW ist aufgefordert, sofort entsprechende Maßnahmen einzuleiten“, unterstreicht Hans Gehe.

Seit 2011 hatte die Landesregierung an sechs Medizinfakultäten die Studienplätze erhöht. Binnen fünf Jahren nahmen die Universitäten insgesamt 935 zusätzliche Medizinstudierende auf. Damit verbesserten sich seinerzeit für diejenigen Bewerber die Chancen auf einen Medizinstudienplatz, die ihr Studium aufnahmen, als die Nachfrage wegen des doppelten Abiturjahrganges 2013 und Aussetzens von Wehr- und Zivildienst besonders hoch war. In Aachen sollten damals 125 zusätzliche Studienplätze für Humanmedizin, in Düsseldorf 175, in Köln 285, in Duisburg-Essen/Bochum 225 und in Münster 125 neue Studienplätze entstehen. Die Landesregierung zahlte den Universitäten pro Jahr 50 Millionen Euro zusätzlich. „Damit sollten sie entsprechendes Personal für die Lehre und Betreuung Studierender bezahlen, die Ausstattung der Labore und Bibliotheken sowie die Infrastruktur verbessern. Nun aber läuft die Finanzierung dieser Studienplätze im Herbst aus“, informiert Hans-Albert Gehe.

Diese Pressemitteilung finden Sie im Internet unter www.marburger-bund.net

**Marburger Bund
Landesverband
Nordrhein-Westfalen-
Rheinland-Pfalz**
Wörthstraße 20
50668 Köln

Pressesprecher:
Michael Helmkamp

E-Mail: michael.helmkamp
@netcologne.de

Tel.: 0221 7200373

Mobil: 0173 7343504

Fax: 0221 7200386

Der 1947 gegründete Marburger Bund ist mit über 118.000 Mitgliedern der größte Berufsverband Europas und die einzige Gewerkschaft für angestellte und beamtete Ärztinnen und Ärzte in der Bundesrepublik. Im MB-Landesverband NRW/RLP sind über 31.000 Ärztinnen und Ärzte organisiert.

„Erinnern wir uns, seit Beginn der 90er Jahre wurden schon 1.000 Studienplätze für Medizin in NRW abgebaut. Heute stehen dem gegenüber zehntausende Bewerber, die händeringend auf einen Studienplatz für Medizin warten. Da wir dringend mehr ärztlichen Nachwuchs brauchen, gibt kaum einen sinnvolleren Weg, Geld zukunftsweisend zu investieren.“

**Marburger Bund
Landesverband
Nordrhein-Westfalen-
Rheinland-Pfalz**
Wörthstraße 20
50668 Köln

Pressesprecher:
Michael Helmkamp

E-Mail: michael.helmkamp
@netcologne.de

Tel.: 0221 7200373

Mobil: 0173 7343504

Fax: 0221 7200386

Der 1947 gegründete Marburger Bund ist mit über 118.000 Mitgliedern der größte Berufsverband Europas und die einzige Gewerkschaft für angestellte und beamtete Ärztinnen und Ärzte in der Bundesrepublik. Im MB-Landesverband NRW/RLP sind über 31.000 Ärztinnen und Ärzte organisiert.